Thomas Licht und *Klaus Wohlrabe*

Die deutsche Wirtschaft nach drei herausfordernden Jahren – droht eine Pleitewelle?

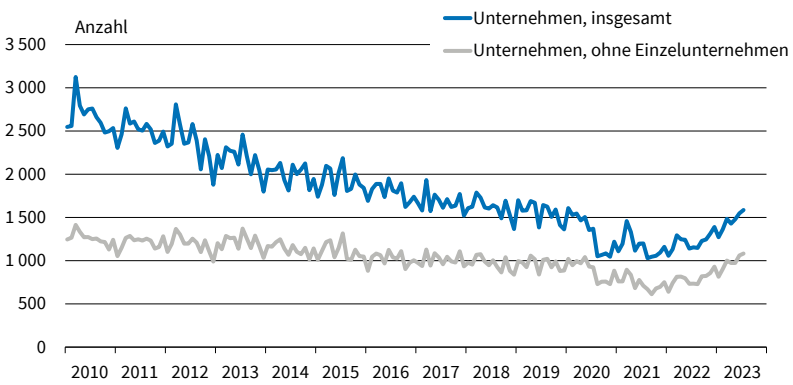
IN KÜRZE

Die deutsche Wirtschaft hat mit der aktuellen wirtschaftlichen und geopolitischen Lage zu kämpfen. Steigende Preise und Zinsen sowie die sektorübergreifende Unsicherheit erschweren vielen Unternehmen das tägliche Geschäft. Existenzängste zeigen sich in allen Bereichen der deutschen Wirtschaft. Im Folgenden werden die – laut den befragten Unternehmen – größten Herausforderungen identifiziert. Zusätzlich werden die vergangenen Jahre quantitativ eingeordnet. Dazu werden offizielle Zahlen des Statistischen Bundesamts zu Unternehmensinsolvenzen mit den aktuellen Ergebnissen der ifo Konjunkturumfragen verglichen. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Zahl der Insolvenzen wahrscheinlich weiter zunehmen wird.

In den Jahren zwischen der globalen Finanzkrise und der Corona-Pandemie erlebte die deutsche Wirtschaft eine Phase des Booms. Günstige Kredite, steigende Realeinkommen und ein allgemein positives wirtschaftliches Umfeld ermöglichten vielen Unternehmen ein erfolgreiches Dasein. Entsprechend nahm in den Jahren zwischen 2010 und 2020 die Zahl der Insolvenzverfahren kontinuierlich ab. Seit Ende 2021 zeigt sich jedoch ein anderes Bild: Die Zahl der Insolvenzverfahren hat monatlich um circa 2,6 % zugenommen. Im Juli 2023 lag sie um 37,4 % über dem Vorjahreswert (Statistisches Bundesamt 2023a). Werden in dieser Betrachtung die Einzelunternehmen ausgeklammert, zeigt sich eine Zunahme um 47,5 % (vgl. Abb. 1).

Abb. 1

Entwicklung der Insolvenzverfahren



Quelle: Statistisches Bundesamt. © ifo Institut

Zu Beginn der Pandemie wurde mit einem Anstieg der Insolvenzen gerechnet. Dass dieser anfänglich ausblieb und die Insolvenzen sogar teilweise weiter rückläufig waren, lässt sich erklären. Ein Grund ist die zeitliche Diskrepanz zwischen der wirtschaftlichen Schieflage eines Unternehmens, dem Stellen eines Insolvenzantrags und der Entscheidung des Gerichts. Zusätzlich kam es durch die staatlichen Hilfsmaßnahmen – die finanzielle Unterstützung von Unternehmen, die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht oder die Ausweitung des Kurzarbeitergelds – zu einem Aufschub von Insolvenzen. Mit den nach und nach auslaufenden Maßnahmen konnte der erwartete Anstieg der Insolvenzen beobachtet werden, jedoch auf einem niedrigen Niveau. Ein abrupter Anstieg blieb aus. Bei den Zahlen ohne Einzelunternehmen wurde in etwa das Vorkrisenniveau erreicht.

ZUKÜNFTIGE ENTWICKLUNG

Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) rechnet für die kommenden Monate weiter mit erheblich steigenden Insolvenzzahlen (IWH 2023). Einen Hinweis auf die zukünftige Entwicklung können Befragungsdaten liefern. Um die mögliche Auswirkung der Pandemie auf das Insolvenzgeschehen zu beurteilen, wurde in den ifo Konjunkturumfragen im Juni 2020 erstmals danach gefragt, ob sich die Unternehmen in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht sehen. Damals gaben dies knapp 22 % der Unternehmen an. Insbesondere Unternehmen aus dem Dienstleistungssektor und dem Einzelhandel sahen sich sehr schwierigen Zeiten gegenüber (vgl. Tab. 1). Das Baugewerbe sah sich hingegen kaum betroffen. Die großen Sorgen mündeten jedoch nicht in einer Insolvenzwelle, wie aus Abbildung 1 ersichtlich ist. Der entscheidende Faktor war vor allem die Unsicherheit der Unternehmen, wie sich die Pandemie und die Maßnahmen zur Eindämmung weiter entwickeln würden. Zudem fehlte jegliche Erfahrung mit einer solchen Krise. Die Zahlen vom Juni 2020 waren die höchsten jemals gemessenen. Wie Tabelle 1 zeigt, waren sie in den kommenden Wellen kontinuierlich rückläufig. Auch der Krieg in der Ukraine führte zu keinem Anstieg. Im Januar 2023 gaben nur noch knapp 5 % der Unternehmen an, dass sie sich in

Tab. 1

Entwicklung der wirtschaftlichen Existenzbedrohung über die Sektoren
Anteil der befragten Unternehmen in %

	Deutschland	Verarbeitendes Gewerbe	Dienstleister	Großhandel	Einzelhandel	Bauhauptgewerbe
06/2020	21,8	16,8	28,1	15,2	20,9	2,2
11/2020	17,6	10,8	24,1	9,9	18	4,4
02/2021	18,7	7,5	26,3	12,8	34,5	3,6
06/2021	14	6,6	20,3	7,5	14,4	4,7
12/2021	14	5,7	20,4	7,8	17,1	5,1
01/2022	13,7	5,6	20,3	7,9	15,1	3,3
04/2022	7,1	4,9	9,3	3,7	6,9	3,3
10/2022	7,5	7	7,7	4	11,6	7,2
11/2022	7,9	6,8	8,9	4,8	11,8	3,9
12/2022	6,3	6,5	6,4	3,2	9,7	4,1
01/2023	4,8	4	5,2	2,3	8,3	5,1
10/2023	6,8	6,4	6,8	4,3	10,3	8,9

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Oktober 2023.

ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht sehen. Dies war gleichzeitig der niedrigste bisherige gemessene Wert. Damals wurde zunächst ein schwaches erstes Quartal 2023 beim Wachstum des Bruttoinlandsprodukts erwartet (Wollmershäuser et al. 2022). Nach offiziellen Zahlen des Statistischen Bundesamts stagnierte die Wirtschaft zu Jahresbeginn und hat seitdem keinen Schwung aufgenommen. Im dritten Quartal schrumpfte sie leicht um 0,1 %. Vor diesem Hintergrund wurde die Frage nach der wirtschaftlichen Existenzbedrohung der Unternehmen erneut im Oktober 2023 gestellt. Der entsprechende Anteil stieg von 4,8 % im Januar auf 6,8 % (vgl. Tab. 1). Der Anstieg ist in allen Sektoren zu beobachten. Am stärksten sind mit 10,3 % die Einzelhändler betroffen. Hier zeigt sich weiterhin die Zurückhaltung der Verbraucher beim Konsum aufgrund der anhaltend hohen Inflationsraten (Wollmershäuser et al. 2023a). Im Bauhauptgewerbe stieg der Anteil auf 8,9 % – ein neuer Rekordwert. Während der Tiefbau zuletzt noch relativ gut über die Runden kommt, befindet sich der Hochbau und hier insbesondere der Wohnungsbau in einer tiefen Krise (Leiss et al. 2023). Die gestiegenen Zinsen und Baukosten haben zu einem Kollaps der Baugenehmigungen geführt. Die Unternehmen sehen sich einer Stornierungswelle gegenüber; gleichzeitig wird immer häufiger von Auftragsmangel berichtet. Im Moment halten sich viele Bauunternehmen mit bestehenden Aufträgen über Wasser.

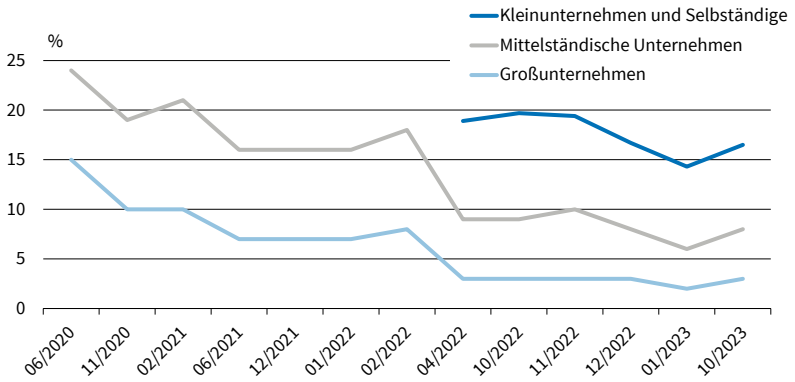
KLEINSTUNTERNEHMEN UND SELBSTÄNDIGE IN SORGE

Sind die Sorgen über die wirtschaftliche Existenzbedrohung unabhängig von der Größe der Unternehmen? Abbildung 2 zeigt, dass es vor allem Kleinstunternehmen (weniger als zehn Mitarbeiter) und Selbständige sind, die die Auswirkungen der wirtschaftlichen Schwächephase zu spüren bekommen.[1] Mit aktuell 16,5 % ist hier der Anteil gegenwärtig doppelt so hoch wie in der Gesamtwirtschaft. Bei Großunternehmen sorgen sich gegenwärtig nur 3 % um ihre wirtschaft-

[1] Sauer und Wohlrabe (2022) geben einen Überblick, wie diese Gruppe in den ifo Konjunkturumfragen repräsentiert und abgebildet wird.

Abb. 2

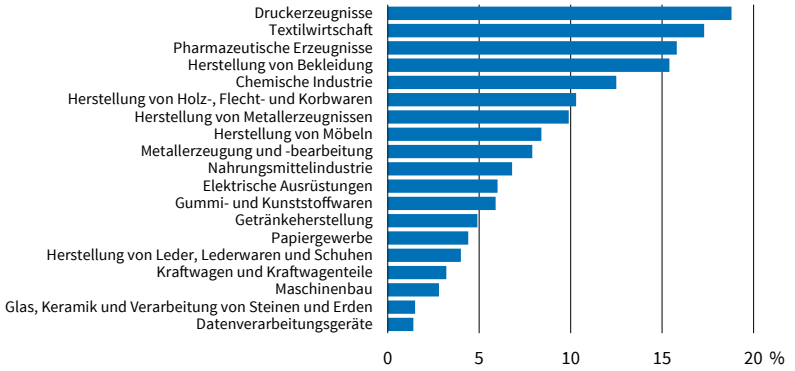
Existenzbedrohung über die verschiedenen Größenklassen



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Oktober 2023. © ifo Institut

Abb. 3

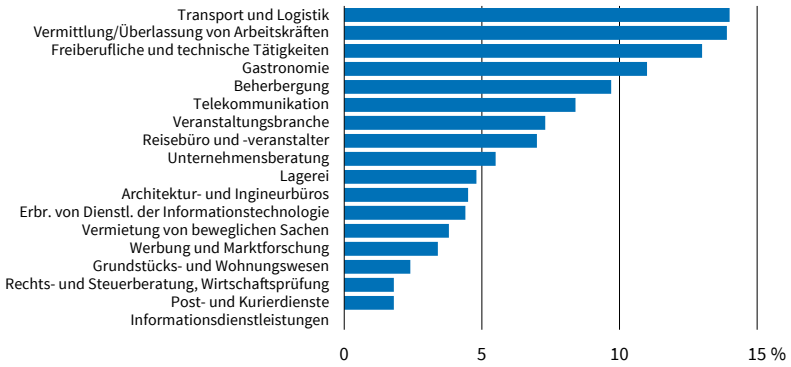
Existenzbedrohung im Verarbeitenden Gewerbe



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Oktober 2023. © ifo Institut

Abb. 4

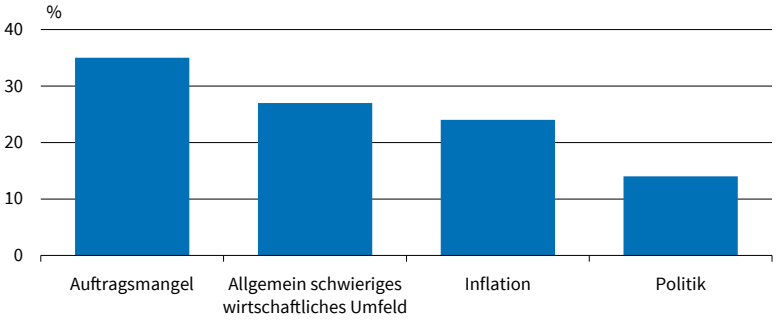
Existenzbedrohung im Dienstleistungssektor



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Oktober 2023. © ifo Institut

Abb. 5

Gründe für eine Existenzbedrohung



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Oktober 2023. © ifo Institut

liche Existenz. Der Mittelstand liegt mit 8 % genau dazwischen. Dieses Verhältnis ist in den vergangenen drei Jahren relativ konstant geblieben.

Abbildung 3 zeigt die Heterogenität über die Branchen im Verarbeitenden Gewerbe. Insbesondere die Hersteller von Druckerzeugnissen machen sich Sorgen; dort beträgt der Anteil rund 19 %. Aber auch in der energieintensiven chemischen Industrie liegt der Anteil über 10 %. Wenig Sorgenfalten gibt es u.a. im Maschinenbau oder der Automobilindustrie. In Abbildung 4 wird die Aufteilung für den Dienstleistungssektor dargestellt. Am stärksten sieht sich der Bereich Transport und Logistik betroffen, wo 14 % der befragten Unternehmen von wirtschaftlichen Sorgen berichteten. Hier spielt sicherlich die Schwäche der Industrie eine Rolle. Dies spiegelt sich auch in der schwachen Entwicklung des LKW-Maut-Fahrleistungsindex des Statistischen Bundesamts wider, der im Oktober rückläufig war (Statistisches Bundesamt 2023b). Auch die Personalagenturen und Leiharbeitsfirmen spüren die aktuelle Zurückhaltung bei der Einstellung von neuen Mitarbeitern. Dementsprechend berichteten auch dort rund 14 % von entsprechenden Sorgen. Im Bereich der IT-Dienstleister gibt es weniger Unternehmen mit wirtschaftlichen Problemen.

AUFTRAGS- UND NACHFRAGEMANGEL WESENTLICHE GRÜNDE FÜR EXISTENZBEDROHUNG

Als Antwort auf die Frage durch welche Faktoren die Unternehmen in ihrer Geschäfts-, Umsatz- beziehungsweise Produktionstätigkeit behindert werden, wurden im Oktober 2023 in erster Linie Auftrags- und Nachfragemangel genannt. Behindert wurden die Unternehmen zusätzlich vor allem durch Personalmangel und hierbei insbesondere durch Fachkräftemangel. Im Handel spielten außerdem Lieferengpässe, in der Industrie Rohstoffknappheiten eine Rolle. Tabelle 2 zeigt der Zusammenhang zwischen Nachfrageproblemen sowie Finanzierungsengpässen und der wirtschaftlichen Existenzbedrohung. Ersteres ist ein deutlich größeres Problem für die Unternehmen. Wenn nur die Unternehmen betrachtet werden, die sich gleichzeitig in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht sehen, zeigt sich, dass Finanzierungsengpässe zu einem größeren Problem werden können. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund der gestiegenen Zinsen ein wichtiger Punkt. Die Unternehmen berichteten im September von vermehrt zurückhaltenden Banken bei der Kreditvergabe. Sollten sich die Finanzierungsbedingungen weiter straffen, könnte ein größerer Anteil der Unternehmen in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten.

Wenn sich Unternehmen in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht sehen, wurden sie gebeten, konkrete Gründe anzugeben. Die genannten Gründe ähnelten dem der zuvor aufgeführten Hinderungsgründe. Genannt wurden überwiegend die verhaltene Auftrags-

Tab.2

Zusammenhang zwischen Nachfrageproblemen und Finanzierungsengpässen und der wirtschaftlichen Existenzbedrohung
Anzahl der Unternehmen

	Industrie	Dienstleister	Handel
Nachfrageprobleme	862	734	878
… und gleichzeitig wirtschaftliche Existenz bedroht	115	145	101
Anteil in %	13	20	12
Finanzierungsengpässe	83	139	76
… und gleichzeitig wirtschaftliche Existenz bedroht	37	47	28
Anteil in %	45	34	37

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Oktober 2023.

beziehungsweise Nachfragesituation. Die weiteren Gründe können unter dem allgemein schwierigen wirtschaftlichen Umfeld, der hohen Inflation und dem derzeitigen Handeln der Politik zusammengefasst werden (vgl. Abb. 5).

Bei einer kleinteiligeren Betrachtung der Gründe fallen vor allem Schlagwörter wie Energiepreise, Lohnsteigerungen, Personalmangel, Bürokratie und Liquiditätsengpässe ins Auge. Insgesamt lässt sich unter den befragten Unternehmen eine Verunsicherung hinsichtlich der aktuellen Situation feststellen. Es herrscht die Sorge, dass die eigene Wettbewerbsfähigkeit verloren geht.

ZAHL DER INSOLVENZEN DÜRFTE WEITER ZUNEHMEN

Was folgt aus den Ergebnissen? Steht eine Pleitewelle bevor? Es ist davon auszugehen, dass die Zahl der Insolvenzen weiter steigen wird. Obwohl die aktuellen Prognosen für 2024 einen Aufschwung vorhersagen (Wollmershäuser et al. 2023b), bleibt die Situation für viele Unternehmen schwierig. Insbesondere der Auftragsmangel ist ein großes Problem. Für die Überlebensfähigkeit spielen oft auch die Finanzierungsbedingungen, mithin das Liquiditätsmanagement, eine wichtige Rolle. Falls sich diese weiter straffen sollten, könnten mehr Unternehmen Probleme bekommen. Unsere Ergebnisse zeigen auch, dass vor allem kleinere Firmen gegenwärtig zu kämpfen haben.

REFERENZEN

IWH (2023), »IWH-Insolvenztrend: Viertes Quartal beginnt mit Anstieg der Insolvenzzahlen«, Pressemitteilung 28/2023 vom 7. Oktober 2023, verfügbar unter: https://www.iwh-halle.de/presse/pressemitteilungen/detail/iwh-insolvenztrend-viertes-quartal-beginnt-mit-anstieg-der-insolvenzzahlen/, aufgerufen am 9. November 2023.

Leiss, F., T. Licht und K. Wohlrabe (2023), »Zur aktuellen Lage im Wohnungsbau«, *ifo Schnelldienst* 76(11), 48-51.

Sauer, S. und K. Wohlrabe (2022), »Das neue Geschäftsklima für Soloselbständige und Kleinstunternehmen«, *ifo Schnelldienst* 75(1), 46-48.

Statistisches Bundesamt (2023a), »19,5 % mehr beantragte Regelinsolvenzen im September 2023 als im September 2022«, Pressemitteilung Nr. 408 vom 13. Oktober 2023, verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/10/PD23_408_52411.html, aufgerufen am 9. November 2023.

Statistisches Bundesamt (2023b), »Lkw-Maut-Fahrleistungsindex im Oktober 2023: -1,9 % zum Vormonat«, Pressemitteilung Nr. 431 vom 9.November 2023, verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/11/PD23_431_421.html, aufgerufen am 9. November 2023.

Wollmershäuser, T., S. Ederer, F. Fourné, C. Glocker, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, J. Ragnitz, A.-C. Rathje, R. Šauer, S. Sauer, M. Schasching und L. Zarges (2022), »ifo Konjunkturprognose Winter 2022: Inflation und Rezession«, *ifo Schnelldienst* 75, Sonderausgabe Dezember.

Wollmershäuser, T., S. Ederer, M. Fell, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, A.-C. Rathje, R. Šauer, M. Schasching, M. Scheiblecker und L. Zarges (2023a), »ifo Konjunkturprognose Sommer 2023: Inflation flaut langsam ab – aber Konjunktur lahmt noch«, *ifo Schnelldienst* 76, Sonderausgabe Juni.

Wollmershäuser, T., S. Ederer, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, A.-C. Rathje, S. Sauer, M. Schasching, G. Wolf und L. Zarges (2023b), »ifo Konjunkturprognose Herbst 2023: Konjunktur in Deutschland kühlt weiter ab«, *ifo Schnelldienst digital* 4(4).

Werden Sie ein Teil des ifo Geschäftsklimaindex

Die Informationen in diesem Beitrag sind für Sie und Ihr Unternehmen relevant? Wenn Sie sich für die ifo Konjunkturumfragen registrieren, erhalten Sie zukünftig Zugriff auf die aktuellen und detaillierten Ergebnisse.
Für Rückfragen und weitere Informationen zu den ifo Konjunkturumfragen wenden Sie sich direkt an Frau Hiersemenzel: hiersemenzel@ifo.de.